

Antrag:

Antragsteller: Landesvorstand DIE LINKE.Rheinland-Pfalz

Antrag an den Landesparteitag der Partei DIE LINKE.Rheinland-Pfalz am 13. November 2011 in Boppard

Antrag: Auswirkungen der Krise auf das Land Rheinland-Pfalz

Seit drei Jahrzehnten schon herrscht der Neoliberalismus in Deutschland, Europa und der Welt und er herrscht unbarmherzig. Dem Renditeziel wurde alles untergeordnet, das Wohl der Finanzmärkte steht über allem. Das Geld kommt nicht mehr dort an, wo es hingehört: beim Menschen und in der Realwirtschaft. Stattdessen wird es zerstörerisch, rücksichtslos und spekulativ auf den Finanzmärkten platziert. Die Natur, der Mensch, seine Lebensgrundlagen, die Ressourcen und die Basis seiner Wirtschaft werden regelrecht ausgeplündert. Öffentliche Güter werden privatisiert, Löhne gesenkt, die Rente teilprivatisiert, die paritätische Finanzierung im Gesundheitswesen beendet, die Steuergerechtigkeit auf breiter Front ausgehebelt, mit Hartz IV ein offener Angriff auf die Menschenwürde gestartet, Bildung kaputt gespart, Leih- und Zeitarbeit massiv ausgeweitet und Kommunen wie Ländern die Luft zum Atmen genommen, indem man ihre Einnahmemöglichkeiten beschränkt und ihnen die Sozialkosten dieser Politik aufbürdet.

Wir – DIE LINKE – sehen unsere Aufgabe daher im Kampf gegen den Neoliberalismus, der Raubbau an unserer Natur und unserer Wirtschaft betreibt. Seit Jahren schon hangelt sich der Neoliberalismus von einer Krise zur nächsten und hinterlässt dabei verbrannte Erde. Statt die Fehler einzusehen, wälzen die Neoliberalen – tatkräftig unterstützt von CDU/CSU, FDP, SPD und GRÜNEN – die Kosten der Krisen auf die Allgemeinheit ab. Der alte Wahlspruch: Gewinne privatisieren, Verluste sozialisieren gilt immer noch. Damit muss Schluss sein. Wir müssen zu einer sozialen und ökologischen Gesellschaft gelangen. Deshalb brauchen wir den demokratischen Sozialismus.

“Die Krise“, die sich nun schon über 4 Jahre hinzieht, ist eine Finanzkrise, Schuldenkrise und Eurokrise. Sie ist eine Krise der Kommunen, der öffentlichen Haushalte, der EU und der Demokratie. Kurz: Sie ist eine Systemkrise!

Im Jahr 2007 platzten die Träume des immer währenden Wachstums, von der immer währenden Stabilität und Rentabilität der Finanzmärkte.

Für 30 Jahre des neoliberalen Umbaus erhalten wir nun die Rechnung.

Im Jahr 1973 wurde das Abkommen von Bretton Woods¹ gekündigt und das Ende der Währungs Kooperation und des kontrollierten Wechselkurssystems besiegelt.

¹ Bretton Woods System bezeichnet das 1944 neu geordnete internationale Währungssystem von festen Wechselkursen. Ziel war es die Wechselkurse zwischen den Währungen zu stabilisieren und dem freien Handel die notwendige Sicherheit durch unproblematische Zahlungsvorgänge zu geben. Alle Währungen standen in einem festen Verhältnis zur Leitwährung, dem Dollar. Für diesen wurde ein festes Tauschverhältnis zum Gold festgelegt. 35 Dollar je Unze Feingold, eine Unze = 31,104 Gramm Gold.

Die FED, US-Zentralbank, verpflichtete sich, die Dollarreserven jedes Mitgliedslandes zum vereinbarten Kurs in Gold umzutauschen

Daraus ergab sich die "Golddeckung" des Systems von Bretton Woods. Eine derartige Golddeckung war vor dem 1. Weltkrieg durchaus üblich und wurde erst im Krieg (zur Waffenproduktion und Kriegsführung) aufgehoben. Die in den 20igern folgende wirtschaftl. Erholung führte nicht zur Wiedereinführung des Golddeckungssystems und endete 1929 mit der Weltwirtschaftskrise. Auslöser war der Börsenkrach an der New Yorker Börse vom Oktober 1929. Dieser war letztlich die Folge

Was Bretton Woods versprach, war schon 1990 ins Gegenteil verkehrt: Im „Konsensus von Washington“ wurden Schuldner auf Kürzungspolitik, Steuersenkungen, möglichst hohe Zinsraten für die Kapitalanleger, kompetitive Wechselkurse, Liberalisierung, Deregulierung, Privatisierung und auf den Schutz des Eigentums festgelegt. Innerhalb weniger Jahre hatten sich die Grundüberzeugungen in Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- und Arbeitsmarktpolitik vollständig gewandelt. Die ständige Umverteilung von Unten nach Oben war gängige Praxis. Die Lohnquote wurde zugunsten der Gewinnquote abgesenkt.

Während in den 60er und Anfang der 70er Jahre der Versuch unternommen wurde, Massenkonsum, Massenkaufkraft, antizyklische Wirtschaftspolitik mit Investitionen in die Realwirtschaft und Profiten zu verbinden, sind Wirtschaft und Politik heute mit dem Schwerpunkt auf der Angebotspolitik dem Diktat der Finanzmärkte unterworfen. Zwischen der Wirtschaftskraft ganzer Nationen und den Finanzmärkten hat sich das Verhältnis umgekehrt. Kurz vor Ausbrechen der Krise betrug das Verhältnis der Bilanzsummen der drei größten Kreditinstitute folgender Länder zu deren Bruttoinlandsprodukt (= 100%)

- 1.) 704:100 (Schweiz)
- 2.) 332:100 (Benelux)
- 3.) 277:100 (Großbritannien)
- 4.) 215:100 (Frankreich)
- 5.) 152:100 (Spanien)
- 6.) 124:100 (Deutschland)
- 7.) 110:100 (Italien).

Das Nominalvolumen von außerbörslich gehandelten Finanzderivaten betrug 596 Billionen Dollar (=596 000 Milliarden). Der Wert aller an der New Yorker Börse gehandelten Firmen beträgt dagegen nur 25 Billionen Dollar. Der Wert der gesamten weltweit produzierten Güter und Dienstleistungen belief sich im Jahr 2007 übrigens auf 54 Billionen Dollar.

An den internationalen Devisenmärkten werden mittlerweile 95% aller Transaktionen aus reiner Spekulation getätigt.

Dieser Wahnsinn musste schief gehen. Und so sind die Verluste dieser Finanzkrise gigantisch. Einer Schätzung des IWF zufolge, liegen die Kosten der Krise weltweit bei 11,9 Billionen Dollar. Die Krise musste zwangsläufig auf die „Realwirtschaft“ durchschlagen. In Deutschland ging das BIP im Jahr 2009 um 5% zurück. Die Industrieproduktion in der Eurozone ging vom Frühjahr 2008 bis zum Frühjahr 2009 um nahezu 20 % zurück. Damit hatten wir die erste weltweite Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg.

Die dramatische Lage lässt selbst die Neoliberalen ihre Grundsätze vergessen. Sie verwenden keynesianische Instrumente² um der Krise entgegenzuwirken, z.B. die Konjunkturpakete und das Kurzarbeitergeld.

von Überproduktion und kreditfinanzierter Großspekulation. Überproduktion, Deflation, Firmenzusammenbrüche und Arbeitslosigkeit waren das Ergebnis.

Jedes Land versuchte auf einem eigenen Weg aus der Krise zu finden. Das Deutsche Reich unter Brüning versuchte mit radikalem Sozialabbau die Währung zu stabilisieren.

Bretton Woods war zum Ende des 2. Weltkriegs also der Versuch aus den Fehlern der Vergangenheit zu lernen.

Mit steigenden Handelsbilanz- bzw. Haushaltsdefiziten der USA (Vietnamkrieg usw.) sanken deren Goldreserven und das Vertrauen in den Dollar. 1971 hob Nixon die Eintauschbarkeit von Dollar in Gold auf und beendete damit faktisch das Bretton-Woods-System. Im Jahre 1973 wurde es endgültig aufgegeben.

² Allgemein wirtschaftspolitische Maßnahmen, die durch Staatsausgaben und steuerpolitische Maßnahmen versuchen Krisen aufzufangen mit dem Ziel, die Binnenwirtschaft anzukurbeln und Arbeitslosigkeit gering zu halten

Dem deutschen Finanzmarkt werden 500 Milliarden Euro zur Verfügung gestellt. In Deutschland hat die Finanzkrise den öffentlichen Haushalte 300 Mrd. € Verschuldung eingebracht. Die Verursacher der Krise: Banken, Versicherungen, Hedge-Fonds und deren Bankmanager, Finanziers, Fondsmanager etc. werden nicht zur Verantwortung gezogen. Im Gegenteil: die Staaten verschaffen ihnen sogar eine Renditegarantie. Ihr Vermögen wird durch Rettungsschirme gesichert. Die Kosten der Krise zahlen die, die sie am wenigsten zu verantworten haben. Geringverdienenden wird der Heizkostenzuschuss gestrichen, das Übergangsgeld von ALG I in Hartz IV - gestrichen. Das Elterngeld für Hartz IV BezieherInnen und die monatliche Pauschale der Agentur für Arbeit an die Rentenversicherung werden gestrichen. Doch das ist immer noch nicht genug: Weitere 3 Mrd. sollen bei Hartz IV eingespart werden

Die Opfer der neoliberalen Umverteilung werden damit auch zu den Hauptopfern der Krise. Die Profiteure bleiben ungeschoren.

Diese Spirale der Ungerechtigkeit muss durchbrochen werden!

DIE LINKE fordert:

- private Banken vergesellschaften, den Finanzsektor öffentlicher Kontrolle unterwerfen und strikt regulieren: Leerverkäufe, außerbilanzielle Zweckgesellschaften, Derivate, Private Equity-Fonds und Hedge-Fonds verbieten; Steueroasen austrocknen; zinsgünstige Finanzierung sinnvoller Investitionen gewährleisten; Finanztransaktionssteuer in Deutschland und möglichst international einführen; das internationale Finanzsystem reformieren.
- Verteilung von Einkommen und Vermögen gerechter gestalten: Lohnerhöhungen über den freien Verteilungsspielraum hinaus, damit deutlich höherer Anteil der Löhne am Volkseinkommen, eine gerechte Steuerpolitik, welche die Vermögenseinkommen, große Erbschaften und Finanzgeschäfte wesentlich stärker belastet als bisher und eine Millionärssteuer.

Als Weg aus der Krise will uns die Bundesregierung die Schuldenbremse verkaufen. Der Schuldenstand der öffentlichen Haushalte ist in der Tat enorm:

Die Schulden der öffentlichen Haushalte belaufen sich auf 2,1 Billionen Euro, davon entfallen auf den Bund über 1,3 Billionen Euro (Stand: 31.3.2011). Allein für diese Schulden muss der Bund 2011 an Kreditinstitute und andere Geldgeber voraussichtlich 35 Milliarden Euro Zinsen zahlen. Die Verschuldung der öffentlichen Haushalte wird über die Zinszahlungen zu einer sicheren Einkommensquelle vor allem für vermögende Anlegerinnen und Anleger. Die neoliberalen Parteien haben die Finanzmärkte dereguliert und dadurch die Finanz- und Wirtschaftskrise mit verursacht. Die Bewältigung dieser Krise treibt die öffentlichen Schulden nach oben. Öffentliche Verschuldung lässt sich nicht dadurch bekämpfen, dass die Verantwortung für aktive Gestaltung von Politik durch automatisch greifende „Schuldenbremsen“ ersetzt wird. DIE LINKE will die öffentlichen Schulden schrittweise abbauen, und zwar durch eine stärkere Beteiligung der wirtschaftlich Leistungsfähigen an den Kosten des Gemeinwesens. Unternehmen, große

Erbschaften und Einkommen sollen angemessen besteuert werden, die Vermögensteuer wieder erhoben, eine Finanztransaktionssteuer eingeführt werden. Durch intensivere Betriebsprüfungen bei Großunternehmen und Banken sowie eine bessere personelle und technische Ausstattung der Steuerfahndung können ebenfalls höhere Einnahmen erzielt werden. Einen Schwerpunkt bildet die Bekämpfung der Umsatzsteuerhinterziehung über Scheinfirmen. Den Abbau öffentlicher Schulden durch Leistungskürzung für Menschen mit geringem Einkommen und Streichung von Mitteln für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen lehnt DIE LINKE ab.

Es grenzt an Schizophrenie, dass eine Bundesregierung die gerade Rekordschulden aufnimmt um den Vermögenden ihre Renditeziele zu garantieren, nun eine Schuldenbremse festschreibt und einige Landesregierungen – auch in RLP – sie auch noch in Verfassungsrang erheben. Die Regierungen haben durch Steuergeschenke an die Reichen und Vermögenden sowie an Unternehmer das Loch im Staatshaushalt selbst verursacht. Hätten wir heute die Steuerquote aus dem Jahr 2000, dann wären insgesamt 324,9 Mrd. € mehr in die öffentlichen Kassen eingenommen worden. Dieses Geld wurde nicht in Produktion investiert, es ist direkt in Finanzmärkte gegangen und hat die Geldvermögensblase produziert. Jetzt werden hunderte Milliarden zusätzlich in die Finanzmärkte geblasen, um die Geldvermögensblase wieder zu füllen – bis zur nächsten Finanzkrise. Die Schuldenbremse ist in Wahrheit eine Bildungsbremse, eine Bremse für den sozial-ökologischen Umbau und ein Angriff auf die Demokratie.

Der Bildung soll, auch nach Angela Merkel, angeblich eine hohe Priorität eingeräumt werden. Wenn wir also das von Merkel ausgegebene Ziel von Bildungsausgaben in Höhe von 10% des BIP erreichen wollten, hieße das 40 Mrd. € Mehrinvestition in die Bildung; pro Jahr! Wie das von Bund und Ländern gemeistert werden soll unter dem Diktat der Schuldenbremse bleibt völlig unbeantwortbar. Wichtiger wäre doch, in diesem Land endlich Geld in die Hand zu nehmen und das überkommene Bildungssystem zu reformieren. Auch gezielte Wirtschaftsförderung und gezielte Investitionsprogramme in den sozial-ökologischen Umbau sind unter der Bedingung einer Schuldenbremse bei gleichzeitigen Steuersenkungen unmöglich. Die Bremse hat auch zur Folge, dass sich die Abstände zwischen den armen und reichen Bundesländern vergrößern. Das bedeutet, den Osten noch weiter abzuhängen, weil vor dem Hintergrund eines verfestigten Niedriglohnssektors im Osten die reicheren Bundesländer im Süden und Westen die Fachkräfte mit besseren Lohn- und Gehaltsmöglichkeiten einfach weglocken können. Das bedeutet auch, dass etwa Lehrereinstellungen im Osten deutlich schwerer werden. Diese Art Bildungswettbewerb ist verantwortungslos gegenüber unseren Kindern. Die Schuldenbremse ist auch eine Demokratiebremse; Länder und insbesondere Kommunen können immer weniger entscheiden. Sie haben keine Entscheidungshoheit über die Haushalte mehr und werden damit zu Privatisierungen verleitet. Der Zugang zu öffentlichen Gütern wie Bildung, Wohnen, Energie wird immer mehr vom Geldbeutel des Einzelnen abhängig. Die Versorgung mit öffentlichen Gütern wird der demokratischen Gestaltung und Kontrolle durch die Menschen (vor Ort!) entzogen.

Die LINKE hält es für untragbar, dass die Politik, trotz der offensichtlich verfehlten Politik des Sparens immer dieselben Mittel anwendet und diese Mittel nun auch noch ganz Europa verschreiben will. In Griechenland kann jeder sehen, dass diese

falsche Therapie das Land an den Rand des sozialen und wirtschaftlichen Kollapses gebracht hat. Trotzdem verschreibt die Bundesregierung, weiterhin diese Medizin an die Bundesländer, die in der Schuldenfalle sitzen. Weitere Kürzungen im sozialen Bereich werden die sozialen Konflikte verstärken und gerade in den Städten ganze Stadtteile abkoppeln. Die Folgekosten können die Finanzminister nicht einmal abschätzen.

Es ist unverantwortlich, die Verantwortung für die Krise den „faulen Südländern“ in die Schuhe schieben zu wollen. Die Programme, welche die europäischen Großmächte den überschuldeten Ländern aufzwingen, bedeuten radikalen sozialen Kahlschlag. Sie sind moralisch verwerflich und ökonomisch sinnlos. Und sie sind Wasser auf die Mühlen der radikalen Rechten in Europa. Die Politik der Entsolidarisierung führt zur Stärkung der Faschisten in Europa. Ungarn sollte uns da als Warnung dienen.

Wir wollen eine EU die sich nicht weiter zum Spielball der Finanzmärkte macht, sondern der Globalisierung eine demokratische und politische Antwort entgegensetzt, Eine EU, die nicht von den Interessen der Konzerne und der Finanzlobby bestimmt wird, sondern von den Interessen der breiten Bevölkerung. Eine EU, die auf Solidarität und nicht auf Konkurrenz und Ausgrenzung setzt. Eine EU mit einer gemeinsamen Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie sozialen und ökologischen Mindeststandards. Entweder wird Europa sozial oder es wird scheitern.

Wir in Deutschland werden lernen müssen, dass eine höhere Lohnquote nicht nur die Binnennachfrage stärken und die Fixierung auf den Status als Exportweltmeister beenden würde. Als Exporteur werden uns die Importeure abhandeln kommen. Die Wettbewerbsfähigkeit wurde auf Kosten der abhängig Beschäftigten so sehr gestärkt, dass unsere europäische Nachbarn gar nicht anders konnten, als Leistungsbilanzdefizite aufzubauen. Deutschland wird so zum Gläubiger Europas und zwingt Länder wie Griechenland, Spanien, Irland und viele andere sich bei uns zu verschulden. Deutschland ist in dieser Eurokrise vielmehr Täter als Opfer! Wir brauchen eine gesamteuropäische Lohnpolitik. Mindestlöhne werden zu einem Akt internationaler Solidarität! Die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes würde nicht nur alle Länderhaushalte, sondern auch den Bundeshaushalt und die Sozialversicherungen spürbar entlasten. Die Haushalte können nur saniert werden, wenn die Umverteilung von Unten nach Oben umgekehrt wird. DIE LINKE will eine klare Umkehr in der Steuerpolitik. 180 Milliarden € Mehreinnahmen sind möglich, wenn die großen Vermögen angemessen an der Finanzierung des Gemeinwohls beteiligt werden: 80 Milliarden kämen dann aus einer Millionärsteuer von fünf Prozent jenseits eines Freibetrages von einer Million, weitere 40 Milliarden aus einer Wiederanhebung des Körperschaftsteuersatzes auf 25 Prozent und der Rücknahme einiger anderer Steuergeschenke an die Großunternehmen sowie 27 Milliarden aus der Einführung einer Finanztransaktionsteuer – um hier nur die wichtigsten Bestandteile unseres Konzepts zu nennen.

Die Schuldenbremsen-Parteien versuchen uns glauben zu machen, die Schuldenbremse sei eine finanztechnische Angelegenheit. Sie ist aber eine politische Angelegenheit von tief greifender Bedeutung, denn sie beschränkt die Souveränität von Parlamenten und Regierungen. Wo es eine Schuldenbremse gibt, können Parlamente und Regierungen nicht mehr souverän darüber entscheiden, welche politischen Vorhaben sie mit welchen Finanzmitteln in den Mittelpunkt ihrer Politik stellen. Die Landesparlamente und Landesregierungen haben keinen Einfluss auf die Einnahmepolitik, und so hängen sie am Tropf der bundespolitischen

Vorgaben. Wenn dort Steuergeschenke an die großen Unternehmen und die Inhaberinnen und Inhaber großer Vermögen verteilt werden, haben die Landesregierungen, weil sie in der Schuldenbremse gefangen sind, keine Möglichkeit mehr, politisch gegenzusteuern. Die Autonomie der Länder wird in Frage gestellt. Umverteilung von oben nach unten ist nicht nur eine finanztechnische Frage, auch nicht nur eine Frage der Vermögensverteilung, sondern eine Frage der Demokratie, eine Frage der Mitgestaltung der Gesellschaft. Das Geld gehört dorthin, wo die Menschen sind.

Wir wollen, dass die Menschen die Entscheidungsgewalt über ihre Lebensverhältnisse zurückerlangen. Nicht das Diktat der Rendite und nicht die Banken dürfen in Deutschland die Politik bestimmen, es muss die Bevölkerung sein. Wir brauchen Wirtschaftsdemokratie³ und wir brauchen regulierte Finanzmärkte. Wieso stellt die EZB zu 1% Zins Geld zur Verfügung und Privatbanken reichen dieses Geld für 10% Zinsen oder mehr an Staaten weiter, die in Schieflage geraten sind? Die Schuldenkrise kann nur gelöst werden, wenn hohe Profite und Vermögen endlich abgeschöpft und die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte abgebaut werden. Wer die Schuldenbremse in den nationalen Verfassungen verankert, leugnet diese unbequeme Wahrheit.

DIE LINKE fordert eine Renditebremse für Europa: Wir brauchen einen EU-weite Vermögensabgabe sowie eine Regulierung der Finanzmärkte durch Euro-Bonds und direkte Kredite einer Bank für öffentliche Anleihen. Das würde den Zinswucher der Banken unterbinden und Steuergelder schützen. Darüber hinaus brauchen wir höhere Löhne in Deutschland, um das außenwirtschaftliche Gleichgewicht wiederherzustellen. Nur so lässt sich auch eine weitere Krise vermeiden. Wer das Schuldenmachen eindämmen will, muss das Kasino schließen.

DIE LINKE fordert eine Reform der Eurozone. EU-Mitgliedstaaten sollen auf einen ausgeglichenen Außenhandel verpflichtet werden, um Lohn- und Steuerdumping zu stoppen. Wir brauchen gemeinsame Euro-Anleihen, um Spekulation gegen einzelne Staaten zu verhindern. Eine Europäische Bank für öffentliche Anleihen sollte Euro-Staaten ohne Umweg über private Geschäftsbanken Geld leihen, um die Erpressung durch Wucherzinsen zu stoppen. Dies würde auch eine geordnete Umschuldung bzw. eine Beteiligung der Gläubiger ermöglichen. Darüber hinaus muss der Handel mit Kreditausfallversicherungen (Credit Default Swaps) verboten werden. Die Euro-Zone braucht auch eine europaweite öffentliche Ratingagentur, um die Erpressung durch die drei marktbeherrschenden Agenturen mit ihren kommerziellen Interessen zu beenden.

Schuldenbremse und Entschuldungsfonds in Rheinland-Pfalz sind nur ein Akt der Hilflosigkeit im Ringen um Handlungsfähigkeit in der Kommunal- und Landespolitik. Die materielle und kulturelle Verarmung weiter Teile der Bevölkerung wird vorangetrieben. Die politische Handlungsfähigkeit der Kommunen weiter reduziert. Dass Kurt Beck und seine Landesregierung diese finanzpolitische Bankrotterklärung in Verfassungsrang erhoben haben, zeigt, dass die Neoliberalen nach wie vor den Ernst der Lage nicht erkannt haben. Rheinland-Pfalz braucht Investitionen, Rheinland-Pfalz braucht finanzpolitischen Spielraum. Diesen erreichen wir nur mit eine grundlegenden Umkehr in der Steuerpolitik.

³ Fritz Vilmar: „Wirtschaftsdemokratie ist der Inbegriff aller ökonomischen Strukturen und Verfahren, durch die an die Stelle autokratischer Entscheidungen demokratische treten, die durch die Partizipation der ökonomisch Betroffenen und/oder des demokratischen Staates legitimiert sind.“

Durch die Schuldenbremse und einer verfehlten Steuer-, Sozial und Wirtschaftspolitik werden notwendige Investitionen einfach unterlassen; das Land wird zum Wohle der Finanziere kaputtgespart.

Durch diese Politik gefährden wir auch die Zukunft unserer Kinder. Konkret führt die Schuldenbremse in der jetzigen Legislaturperiode zu einer Gefährdung von knapp 3000 Lehrerstellen. Wem gekündigt wird, droht direkt Hartz IV! Auch diejenigen Lehrkräfte, die ihre Anstellung behalten, bekommen zu Beginn der Sommerferien oft ihre Kündigung und werden erst nach den Ferien wieder eingestellt. Lehrerinnen und Lehrer werden so von Arbeitslosengeld abhängig, obwohl sie nach wie vor als Lehrkräfte tätig sind.

Der VertretungslehrerInnenpool von bis zu 200 Lehrerinnen und Lehrern ist ein Hohn. Diese Lehrerinnen und Lehrer arbeiten z.B. nicht an Förderschulen – diese Einrichtungen gehen leer aus, ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen weiter in beruflicher Unsicherheit leben. 200 Lehrer sind schlicht und einfach nicht ausreichend.

Die Kürzungen bei den Finanzämtern und bei den Investitionen sind fatal für das Land. Wir brauchen mehr Steuerprüfungen und mehr Steuerehrlichkeit und nicht weniger.

Statt die Einnahmen zu erhöhen, setzt die Landesregierung auf Kürzungen. Das Kaputtsparen der Finanzverwaltung wird die Anzahl der Steuerprüfungen senken und damit zu noch mehr Steuerungerechtigkeit führen. DIE LINKE fordert daher zusätzliche Betriebsprüfer, Einnahmen durch Vermögens- und Erbschaftssteuer zu schaffen und auf hunderte Millionen teure Prestigeobjekte zu verzichten, statt an der Bildung zu sparen. Die Landesregierung aus SPD und Grünen hat nur einige Wochen gebraucht, um ihre Wahlprogramme komplett zu vergessen. Die Kürzungen im Bildungssystem und im sozialen Bereich und die systematische Austrocknung der Kommunen, die gezwungen sein werden, ihr Tafelsilber zu verkaufen, ist ein klarer Verstoß gegen den Amtseid der Regierungsmitglieder.

Mit dem kommunalen Entschuldungsfond werden die Entscheidungen in den Kommunen mehr und mehr durch die Bürokraten in der kommunalen Aufsichtsbehörde bestimmt.

Bildungsetat, Sozialetat, Kulturetat werden zu bloßen Einsparpotenzialen degradiert. Der kommunale Entschuldungsfond (KEF) in Rheinland-Pfalz folgt der Logik der Schuldenbremse: Zusammenstreichen und Kürzen!

Am Beispiel der Landeshauptstadt lassen sich die katastrophalen Auswirkungen des KEF ablesen. In nichtöffentlichen Sitzungen wird über radikale Kürzungen beraten, mit dem Ziel im nächsten Jahr am KEF teilzunehmen. Zu diesem Zweck muss die Stadt Mainz über 15 Jahre ein jährliches Sparvolumen in Höhe von 12,7 Millionen Euro nachweisen.

Die Stadt Mainz hat über 1 Milliarde € Schulden, rechnet man die stadtnahen Betriebe mit ein, liegt die Schuldenlast sogar deutlich höher. Für den Beitritt zum KEF will und muss Mainz nun mindestens eine Summe von knapp 200 Mio. € einsparen, möglich ist aber ein Vielfaches dieser Summe. Das Kürzungspaket verschärft die schwere Situation nur. Es würgt die wirtschaftliche Entwicklung ab und verschärft soziale Konflikte. Es führt zu Steuerausfällen.

Der KEF ist ein Angriff auf den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft. Er zwingt die rheinland-pfälzischen Kommunen dazu, die Bereitstellung von öffentlichen Gütern und Leistungen aufzugeben und damit selbst die Grundversorgung der Bevölkerung dem Kapital zu überlassen und den Zugang zu öffentlichen Gütern vom Geldbeutel abhängig zu machen. Städtisches Eigentum wird privatisiert werden. Der KEF ist

nichts anderes als ein gigantisches Privatisierungsprogramm. DIE LINKE lehnt den KEF kategorisch ab!

Die Privatisierungen führen dazu, dass die kommunalen Räte immer weniger zu entscheiden haben; die Entscheidungen werden in anonymen Vorstandsetagen getroffen. Die Existenz der kommunalen Selbstverwaltung ist gefährdet, wenn immer mehr kommunale Leistungen eingespart, freiwillige Leistungen eingestellt und Entscheidungen entweder von Eigentümern oder Landesbürokraten getroffen werden.

Der KEF bedeutet für viele Menschen in RLP Armut, Entsolidarisierung, soziale Kälte und Diskriminierung!

DIE LINKE hält dagegen: wir stellen uns gegen die Ausplünderung der Bevölkerung durch Banken, Manager und Finanziere. Wir werden nicht tatenlos zusehen! Wir rufen aus: Demokratie jetzt! Vorfahrt für Bildung! Wirtschaftsdemokratie und Generalstreik jetzt! Dauerhafte Entschuldung, Millionäre zur Kasse! Die Profiteure der Finanzkrise sollen auch ihre Kosten tragen; wir zahlen nicht für eure Krise! Echte Entschuldung der Kommunen jetzt!

Auch Sparpotentiale will DIE LINKE nutzen. Bildung und handlungsfähige Kommunen müssen vorrangiges Ziel der rheinland-pfälzischen Regierung sein, teure und sinnlose Prestigeprojekte und Betonklötze sind einzustellen.

- Der Hochmoselübergang wird gebaut. Die Wahlversprechen der GRÜNEN haben den Wahltag nicht überstanden. Eine Volksabstimmung soll es nicht geben. Der Wille der Bevölkerung wird ignoriert.
- Der Bau der umstrittenen Mittelrheinbrücke wurde lediglich auf die nächste Legislaturperiode verschoben. Eine Bürgerbeteiligung soll es nicht geben.
- Die Betonklötze auf dem Nürburgring hat sich die Landesregierung 350 Mio. € kosten lassen. Für die teure und Infrastruktur zerstörende Eifel-Kirmes waren große Summen mobilisierbar.

Direkte Demokratie ist der Landesregierung offenbar genauso unwichtig wie die kommunale Selbstverwaltung und die Aufgaben des Landes bei Bildung und Umweltschutz. Noch nie gab es hier einen Volksentscheid – Ergebnis einer jahrzehntelangen Verhinderungspolitik. Das Land Rheinland-Pfalz braucht ein Mehr an Mitbestimmung, mehr Beteiligung und Entscheidungskompetenz bei Großprojekten, mehr Möglichkeiten sich an den Haushaltsentscheidungen zu beteiligen, z.B. durch die Einführung von Bürgerhaushalten.

DIE LINKE fordert keine weiteren finanziellen Mittel in Rüstungsprojekte zu stecken. Diese Gelder müssen in die soziale und ökologische Konversion militärischer Anlagen fließen, damit die von den derzeitigen Militärbasen und anderen militärischen Einrichtungen abhängigen Regionen eine solide wirtschaftliche Existenzgrundlage auf friedlicher Basis bekommen.

Militärische Einrichtungen könnten z.B. in Ökologie-Forschungszentren, Lehrstätten für Friedensbildung und Wohnparks umgewandelt werden. Die im Land schon umgesetzten Konversionsvorhaben zeigen in deutlicher Sprache, dass Konversion gelingt und oftmals mehr Arbeitsplätze entstehen als verlorengehen. Die Lebensqualität der Menschen in den Regionen mit militärischen Flughäfen nimmt

deutlich zu, wenn der Fluglärm abnimmt. Die Regionen sind dann auch touristisch wieder interessanter.

Frieden ist für uns kein abstrakter Begriff, sondern er beginnt in Rheinland-Pfalz. Die in Büchel lagernden US-Atomwaffen müssen umgehend abgezogen werden, die US- und Nato-Militärbasen dürfen nicht länger durch Landesmittel subventioniert werden. Um das durchzusetzen, sind wir für die Einrichtung eines Landesamts für Konversion und Abrüstung.

Die Schuldenbremse ist Ausdruck neoliberaler Politik, die den Menschen nur als Kostenfaktor betrachtet. Der Mensch zählt umso mehr, je mehr Profit er erarbeitet und umso weniger er „kostet“. Die Schuldenbremse ist Ausdruck menschenverachtender Politik. Sie ist eine Bankrotterklärung der Politik und ein Triumph für Banken, Manager und Finanziers.

Statt Kotau vor den Finanzmärkten, Sozialisierung der Verluste, Kürzungspolitik und Ausplünderung der Bevölkerung müssen wir die Finanzmärkte an die Kette legen und das Kasino schließen.

Diese Krise stellt die Systemfrage, die drohende Umweltkatastrophe stellt die Systemfrage. DIE LINKE ist die einzige Partei, die den Neoliberalismus radikal in Frage stellt. Die Schuldenbremse lehnen wir als Teil einer völlig verfehlten Politik und eines unerträglichen Menschenbildes ab.

DIE LINKE RLP kämpft für ein selbstbestimmtes Leben für jede und jeden, Seite an Seite mit gleichgesinnten Akteuren aus der Zivilgesellschaft. Wir wollen ein breites gesellschaftliches Bündnis für den Wandel, weg von Neoliberalismus und Kapitalismus. Nur der außerparlamentarische Druck bringt Bewegung in die Politik. Das Parlament und die kommunalen Räte sehen wir als Bühne, um unsere Ziele einzubringen und zu vertreten. Der LINKEN RLP ist dabei klar, dass die Arbeit im Parlament nicht den „Druck von der Straße und aus der Bevölkerung“ ersetzt. Wir wollen in den Parlamenten und Räten zur Sprache bringen, was ohne uns verschämt von der Tagesordnung genommen wird: Menschen gehen vor Profite! Wir wollen eine wahrhaft demokratische Gesellschaft, ohne das Diktat der Finanzmärkte, der Banken, der anonymen Vorstandsetagen und intransparenter politischer Zirkel. DIE LINKE sucht den Schulterschluss mit der Zivilgesellschaft. Nur gemeinsam kann die allumfassende Macht von Profitgier und Ausplünderung des Menschen und seiner Umwelt gebrochen und den Menschen die Entscheidungsgewalt über ihr eigenes Leben zurückgegeben werden.

Dafür stehen wir, dafür kämpfen wir!